

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921**

152 (4.6.1921) Erstes Blatt

# Karlsruher Tagblatt

Verleger: Hermann a. Bacz. Verantwortlich für Inhalt: Martin Holzinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinz Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Beld; für die „Pyramide“ Karl Schöberl; für den Anzeigen- und Geschäftsstellen-Teil: Dr. Richard Kater. Berlin-Konigsplatz, Mosstr. 37. Telefon Zentrum 245.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

118. Jahrg. Nr. 152. Samstag, den 4. Juni 1921. Erstes Blatt.

## Millardenschuld und moralische Schuld.

Nachdem das deutsche Volk dadurch, daß es mit der Unterzeichnung des Dr. Wirth das verurteilt hat, was nach Rousseau begrifflich nicht verändert werden kann, die Freiheit — sich einige Wochen Ruhe göhnt hat, glaubt es sich berechtigt, in seiner nach dem unerhörten Konsumverbrauch der letzten Jahre verständlichen Sehnsucht wieder in den Geschäften des Alltags begehren zu suchen. Allein die Atempause wird von kurzer Dauer sein. Die Reihe der Verfallens nähert sich unerbittlich, und das „Mittelpunkt der Erfüllung“ ist über den Verdacht erhoben, ihre Einhaltung nicht voll und ganz ernst zu nehmen. Freigewordene Summen aufgebracht werden, die verlangten Summen aufzubringen; da ihre Abhebung von deutschen Einflüssen ausgeschlossen ist, so muß eine fortwährende Ueberziehung des deutschen Kassenbuchs an die Entente stattfinden, des Grund- und Hausbesitzes, der Industrieanlagen und Bodenschätze — eine Transaktion, von deren Umfang und Folgen es schwer ist, einen hinlänglichen Begriff zu geben. Dabei erscheint auch dadurch der gewünschte Erfolg als nicht gebührend — so lange es nicht gelingt, aus einer Volkswirtschaft dauernd das Mehrfache ihres Substanzwertes herauszuweisen — ohne noch irgendeine Werte, während letzterer sich ja dauernd vermindern wird. Das Schlimmste daran ist, daß die Schuldverhältnisse Deutschlands, die auf Grund dieser Entente auszuweisen werden, auch in den neutralen Staaten zum Verkauf gelangen sollen. Werden sie dort nicht, so wird die Entente gewiß alles in Bewegung setzen wird, so wird wir damit in Bezug auf die festgesetzten Phantasiefiguren Schuldner und Schuldfreier der ganzen Welt, und keine Umwälzung der politischen Lage kann uns je wieder zur Freiheit verhelfen. Die Entente ist aber wie immer weit entfernt, eine psychische Gewaltspolitik zu treiben. Sie ist sich der psychologischen Untergründe der Weltmeinung, die sie immer noch gegen uns zusammenzubringen wollte, durchaus bewußt und bereitet auch hier umfänglich das Nötige vor. Nebenher und Dr. Simons stellen fest, daß wir auch noch in der Reparationsfrage die ganze Welt gegen uns hatten — was zweifellos unabweisbar richtig ist. Diese moralische Isolierung Deutschlands besteht seit Jahren (nebenbei gesagt, jetzt es an sich selbst erteilen werden, wenn jetzt auch in Zukunft festgehalten werden, wenn jetzt was unerhörte Demagogik dem deutschen Volk gegenüber angesetzt werden. Um dafür durch Aufhebung der deutschen Verfassungen im Weltbewußtsein die nötige moralische Begründung nachzubringen, wird die Leipziger Komödie inszeniert. Man muß annehmen, daß die Engländer der einige nach ihrer Auffassung besonders effektvolle Fälle an den Anfang gestellt haben, um durch sie als Einleitung die gewünschte Einstellung zu den dann folgenden eigentlichen politischen Anlagen gegen die U-Boot-Kommandanten usw. nachzuliegen. Das Ergebnis ist eigentlich flogisch. Sollte man alle französischen Gefangenenermäurer empfangen, die zu ihren Gefangenen „Schwein“ gesagt haben und sie bei erheblicher Gewalt gelegentlich heranzuführen, so würden nicht viele davon frei bleiben. Denn, es handelt sich um Kinderen gegenüber, die von dem gefangenen Deutschen getötet sind. Aber immerhin sind einige Widerrechtlichkeiten zum Vorschein gekommen, die nicht hätten sein dürfen, und daß die englischen Gefangenen keinen Dokumenten erhalten, wird zweifellos in Brasilien und Südamerika großen Eindruck machen. Das genügt der Entente, um eine neue Seite zu eröffnen. Man kann sich eines leichten ökonomischen Erkennens nicht erwehren, daß sich deutsche Richter finden, die ihr dazu die Hände leihen, und Jungs, die in der Ungezogenheit ihrer parteipolitischen Einstellung auch hier ihre Volksgenossen dem Feinde preisgeben zu müssen glauben. Nicht erstarrt dagegen ist, daß die in Leipzig verammelten „neutralen“ Pressevertreter der Entente nach Aufgabe der Parole von Paris und London ihre wohlgeübten Schmutzblätter über Deutschland geben. Die solche Dinge gedruckt werden, das zeigen unübersehbare die Bilder, die Avenarius unter dem Titel „Das Ad als Verleumdung“ gesammelt herausgegeben hat. Er verfolgt darin einzelne bezugs Gremelmotive von ihrer Entstehung aus fündigen Propagandistenhirnen in mannigfacher Umwandlung bis zu ihrer breitesten Entfaltung. Insbesondere an den bekannten abgedruckten Bilderhanden wird das wiedergegeben. Als die belgischen Truppen wieder in ihr Land einzrückten, bot man große Summen, um ein der berühmten verschämten Kinder aufzulösen — leider vergeblich. Eine Belgischweizerin erzwang folgendes: Als während des Krieges auf einem Dampfer des Bringersee an einem heißen Sommertag eine Familie mit mehreren Kindern in langen Capes einstieg, ohne daß diese abgelegt wurden, machte ein geist- und geschmacklos Mensch den Gehörgang. Die Entente ist die Hände abgehakt. Die Umfahrungen griffen dies Wort auf, und bald wurde die „Tatfrage“, man habe die Opfer der belgischen Gremel tatsächlich gesehen, fleißig weitergegeben. — Das Entschuldigende an dem- barer menschenliche Selbstverleumdung zeigt

wohl die Sammlung „Schwarzkaturen“ (im Verlag von Carl Curtius, Berlin). Was hier an französischen Leistungen geboten wird, dafür reichen die Worte perverts und sadistisch nicht annähernd mehr aus. Man kann kein Volk beneiden, den Krieg mit solchen Mitteln gewonnen zu haben. Es ist klar, daß in der Welt starke Motive dafür bereitliegen, daß solche Propaganda be-

## Die Regierungsteife.

3. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedruckt: Während in der gestrigen Reichstagsitzung die Rede des Abgeordneten Dr. Stresemann insofern keine Sensation brachte, als sie sich an das von der Deutschen Volkspartei festgelegte Programm: „Mitarbeit, aber sachliche Opposition“ hielt, riefen die Ausführungen des Demokratenführers Dr. Petersen die lebhafteste Ueberzeugung hervor, eine Ueberzeugung, die darin ihren Ausdruck fand, daß sofort nach Petersens Rede die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten zu Fraktionsberatungen zusammenzutreten, so daß der Kommunist Höllein sein revolutionäres Pathos an wenig mehr als 20 Abgeordnete verschwendete. Petersens Erklärung, daß die Demokraten eventuell aus dem Kabinett ausscheiden würden, wenn die Deutsche Volkspartei nicht für das Kabinett Wirth ihre Stimme abgeben würde, kam eine so kritische Lage, daß das Besitzt der Reichstagsaufsitzung und der — für Oberkammer ohne Zweifel verhängnisvollen — Neuwahlen aufstand. Die eigentliche Schuld an dieser Zuspitzung wurde mit Recht, wie auch Petersen andeutete, den Sozialdemokraten beigemessen, die durch die außerordentliche Schärfe, mit der am Donnerstag Wirth gegen die Deutsche Volkspartei vorgegangen war, dieser Partei jegliche Möglichkeit genommen hatten, sich ungeschädigt auf den Boden des Kabinetts Wirth zu stellen. Für die Stellung der Deutschen Volkspartei zum Kabinett, besonders dem Reichstagsleiter, gegenüber ist es bezeichnend, daß der rechtsprechende Berliner Sozial-Anzeiger, der zur Deutschen Volkspartei ebenso gute Beziehungen unterhält wie zur Deutsch-Nationalen Volkspartei, gestern Abend feststellte, die Deutsche Volkspartei sei jederzeit bereit, an einer Regierung der nationalen Einheitsfront mitzuarbeiten, aber sie müßte von einem Mann der mittleren Rente, z. B. von Stöcker, geführt werden. Die Beratungen, die in den Fraktionszimmern den ganzen Nachmittag über dauerten, haben zu keiner Lösung der Krise geführt. Es handelt sich um folgende: Die Deutsche Demokratische Partei war der Ansicht, daß in der Schlussbestimmung für oder gegen die Regierung die Mehrheit, die bei einer Opposition der Deutsch-Nationalen und der Kommunisten sowie bei Stimmhaltung der Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen für die Regierung stimmen würde, zu klein wäre, um den Demokraten die Möglichkeit zu lassen, in der Regierung zu bleiben. Die Deutsche Volkspartei ist nun zwar nicht von ihrem ursprünglichen Standpunkt, daß sie sich nicht hinter die Regierung Wirth stellen könnte, abgewichen, hat sich aber zu einem Zugeständnis bereit finden lassen, in der voranstehenden heute stattfindenden Schlussabstimmung gegen das Mißtrauensvotum der Deutsch-Nationalen und der Kommunisten zu stimmen. Demgemäß haben die Regierungspartei auf eine eigene Formel verzichtet, so daß es sich, wenn nicht neue Ueberlegungen eintreten, bei der Abstimmung über das Schicksal der Regierung Wirth nicht mehr um die Frage handelt: „Wer ist für die jetzige Regierung“, sondern: „Wer ist dagegen, daß der jetzigen Regierung das Mißtrauensvotum ausgesprochen wird.“ Auf diese Weise wird — und das wird von den beteiligten Fraktionen als der Erfolg der kritischen Verhandlungen bezeichnet — der zahllose Eindruck der Abstimmung den Ausland gegenüber zu Gunsten der jetzigen Regierung verbessert, da gegen das Mißtrauensvotum der Deutsch-Nationalen und der Kommunisten alle anderen Parteien stimmen würden.

## Holländische Zeitungsstimmen.

(Eigener Drahtbericht.) c. Amsterdam, 3. Juni. In der Regierungserklärung Dr. Wirths schreibt das „Handelsblad“: Die Bedeutung der Rede des deutschen Kanzlers liegt darin, daß er die Wirklichkeit, nämlich Deutschlands Ohnmacht, einräumt und daß er sich entschlossen ist, durch möglichste Entgegenkommen die Forderungen der allierten Mächte gegenüber Deutschland zu erfüllen, um, bis bessere Zeiten kommen, die Möglichkeit freier Entwicklung zu bewahren. „Nieuws van den Dag“ schreiben: Die Rede des Reichskanzlers ist hauptsächlich gemäßig und augenscheinlich aufrichtig gemeint. Mehr kann man aus Berlin vorläufig nicht erwarten. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt: Der neue Reichskanzler vermeint

gierig aufgenommen wird. Wenn die Schweiz z. B., ein stellenweise deutschfreundliches Land, deutsche Wehrleute mit ihren Familien ausweilt, jene der Entente dagegen unterschiedslos aufnimmt, wenn sie, wie letzten Winter, in Zürich französische Filme zuläßt, in denen der deutsche Offizier in Gestalt eines widerwärtigen uniformierten Sanswurtches lächerlich und verächtlich gemacht wird, wenn sie durch geheime Dienst-

## Um Oberkammer.

Die Stärke der polnischen Insurgenten. (Eigener Drahtbericht.) London, 3. Juni. Im Unterhaus erklärt Harmsworth auf eine Anfrage, die Stärke der polnischen Insurgenten in Oberkammer werde auf 60000 bis 100000 Mann geschätzt. Die deutschen Verteidigungstruppen unter General Söser würden auf 30000 Mann geschätzt. Man hoffe, daß die sechs englischen Bataillone, die zur Verfügung der Interalliierten Kommission stehenden Truppen in die Lage versetzt werden, ihre Autorität wieder herzustellen.

## Die englischen Truppen.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 3. Juni. Der Kommandeur der englischen Truppen ist in Duppeln eingetroffen, ebenso ist auch der größte Teil der englischen Truppen an Ort und Stelle.

## Der neue englische Kommissar.

(Eigener Drahtbericht.) London, 3. Juni. Im diplomatischen Bericht des „Daily Telegraph“, der die Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth im vollen Wortlaut bringt, heißt es, man erwartet, daß der neue englische Kommissar für Oberkammer, Sir Gerald Stuart, morgen in Duppeln eintreffen wird, wo er sofort General Verond sein Beglaubigungsschreiben überreichen wird.

## Neue Angriffe der Auslieferung.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 3. Juni. Nach einer Meldung der „D. Z.“ am Mittag“ aus Duppeln machten in Kattowitz die Anführer einer neuen belgischen Anstalt auf den Bahnhöfen, wurden aber durch französische Tanks vertrieben. Später eröffneten sie erneutes Feuer auf den Bahnhöfen, wobei ein Eisenbahnbeamter und zwei französische Soldaten verwundet wurden. Die Stadt wird in Zivilkammern von Licht und Wasser abgeschnitten. In Gleiwitz sind die erwarteten Löhne und Gehälter der Reichsbank eingetroffen.

## Der Oberste Rat.

(Eigener Drahtbericht.) c. London, 3. Juni. Premierminister Lloyd George erklärte im englischen Unterhaus, er könne noch nicht das Datum nennen, an dem der Oberste Rat zusammentreten werde, was die oberste Frage zu behandeln. Auf die Frage, ob der griechischen Regierung von der englischen oder irgendeiner anderen allierten Regierung Hilfe geleistet würde durch Verschaffung von Munition oder Entsendung technischer Sachverständiger bei der griechischen Armee in Kleinasien, antwortete Lloyd George verneinend.

Berlin, 3. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der diplomatische Bericht der „Chicago Tribune“ teilt mit, daß die Forderung über das Datum für die Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort und für die Aufhebung der Zollgrenze am rechten Rheinufer zu einem Uebereinkommen zu gelangen, die wahre Ursache dafür sei, daß England auf den sofortigen Zusammentritt des Deutschen Rates bestohe. Die amerikanische Meinung teile den Standpunkt Englands, Italiens und der Japaner, die Erhebung einer 20%igen Abgabe längs des Rheins werde dem deutschen Ausfuhrhandel schädlich sein.

## Eine Verfügung der Interalliierten Rheinland-Kommission.

(Eigener Drahtbericht.) Koblenz, 3. Juni. Aus einer neuen Verfügung der Interalliierten Rheinland-Kommission ist zu schließen, daß man in dieser Kommission noch mit einer längeren Gültigkeit der unbedingten Rheinlandzollbestimmungen rechnet. Sie hat nämlich verfügt, daß in Abwesenheit von deutschen Zollbeamten oder im Falle der Verweigerung der dienstlichen Obliegenheiten durch diese die alliierten Zollbeamten die gleiche Macht besitzen, wie die deutschen Beamten, soweit eine Unterdrückung von Wiederstand gegen die Zollbestimmungen in Betracht kommt. Zuweilendhandlungen werden nach den Bestimmungen der Befehlungsbehörden oder nach den deutschen Befehlen bestraft.

Verleger: Hermann a. Bacz. Verantwortlich für Inhalt: Martin Holzinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinz Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Beld; für die „Pyramide“ Karl Schöberl; für den Anzeigen- und Geschäftsstellen-Teil: Dr. Richard Kater. Berlin-Konigsplatz, Mosstr. 37. Telefon Zentrum 245.

anweisung ihre Einfuhrverbote nur gegenüber Deutschland zur Anwendung bringt — so geschieht das zunächst hauptsächlich durch Notgedrungen oder instinktive Rachgierigkeit gegen die reale Macht. Man aber nicht solches Verhalten schon unbewußt nach moralischen Rechtfertigungen seiner selbst greifen und daher für Verleumdungspropaganda und Minderwertigkeitsfeststellungen günstige Voraussetzungen bieten?

Uns bleibt dabei die heilige Pflicht, als einziges was wir dagegen tun können, wenigstens unverzüglich zu unserem eigenen im Vergleich zum Schuldkonto der Entente hochgradig reinen Gewissen zu stehen. Denn radikale Plätter anlässlich der Leipziger Prozesse die alte Hege gegen preussischen Militarismus, Hindenburg und Ludendorff (die „Großhaken des Kriegsverbrechens“, wie sich der „Vorwärts“ geschmackvoll wie gewöhnlich ausdrückt) um, mit erneuter Wut loslassen, so ist das in Wirklichkeit der sühne Versuch, wieder an Lastenverdrückung in den deutschen Arbeiter hineingehet. Die Tatsache ist aber hier allein die, daß die deutsche sozialistische Arbeiterkraft, mag sie von mächtigerer Parteiführung noch so wahrhaftig gegen die Volksgemeinschaft aufgebracht worden sein, diesen Abfall durch die Entente in keiner Weise diskontiert erhalten wird, sondern genötigt werden wird, bei dem Volksganzen auszuharren und die — gleichgültig jeht von wem — eingebrochene Suppe bis zum letzten Löffel mit anzusehen. Und je mehr moralische Waffen der Volksgenosse gegen die Volksgenossen heftet, desto länger und härter werden wir alle an ihr zu würgen haben. Das einzige, was helfen kann, ist, daß wir selbst unser moralisches Selbstgefühl bewahren, und dazu brauchen wir nur der Wahrheit die Ehre zu geben. Hierfür einige Zeugnisse aus Feindesland.

„Nicht“ sagte einmal während des Krieges im Unterhaus, als er noch Premierminister war: „Dem englischen Kriegsminister sind feinerlei Nachrichten über die wiederholt behaupteten Fälle zugegangen, daß deutsche Soldaten die Rote-Kreuz-Flagge mißbraucht, Vermundete getötet und verkränkt und Frauen und Kinder getötet hätten, wie das in Schlagberichten der letzten Zeit so häufig behauptet wird.“ — Joseph O'Donnell Bennet, Korrespondent des großen amerikanischen Telegraphenbüros „Associated Press“ schrieb zu Beginn des Krieges einen langen Bericht an die „Chicago Tribune“ über eine eingehende Untersuchung der „belgischen Greuel“, die er mit vier amerikanischen Kollegen angestellt hatte. Bennet schreibt: „Zugelang bin ich mit den belgischen Kolonnen marschiert, oft nur einen Tag hinter der kämpfenden ersten Linie zurück. Rechts und links rauchten noch die Trümmerruinen der Häuser, lag der Boden noch aufgewühlt von Granaten und getreten von Fuß und Mann. Die Erinnerung an den deutschen Vornarsch lebte also noch lebendig in den Herzen der Einheimischen. Ich habe mindestens 20 Leute in jeder der verbrannten Dörfer — ungefähr ein Dutzend an der Zahl — ausgefragt und bin nur auf einen einzigen Fall getroffen, in dem ein Mißkombatant ohne besonderen herausfordernden Anlaß getötet worden war. Und auch in diesem einen Falle ging aus den Zeugenaussagen nicht einwandfrei hervor, daß der Mann tatsächlich unwillig ermordeet worden war. Weber in Brüssel, noch in den unmittelbaren Dörfern konnten wir trotz eifriger Nachfrage auch nur einen einzigen Fall deutscher verbrecherischer Uebergriffe erfahren. Keines dieser Gerüchte bekräftigte sich bei näherer Untersuchung und auch in der nächsten Nachbarschaft war niemand anzufinden, der diesen Gerüchten Glauben schenkte. Wir haben keine deutschen Greuelanten gesehen und können auch keine Beweise dafür in die Hand bekommen.“ Am 1. März 1921 sprach Oberst Anderson vom 69. amerikanischen Infanterie-Regiment auf einer Massenprotestversammlung gegen die Schandtat der französischen Verbände in Madison Square Garden in New York. Er sagte über die angeblichen deutschen Greuel: „Ich kann Ihnen sagen, daß nicht in einem einzigen Falle Beweise für irgend welche Greuelanten zu meiner Kenntnis oder zur Kenntnis irgend einer anderen am Kriege beteiligten Person gebracht worden sind. Die einzigen Greuelfälle werden Ihnen hier in den Zeitungen aufgeführt, und dann kamen wir an den Rhein und lernten dort das deutsche Volk kennen. So vermögen wir auch jetzt das Ungefähre mitzugewahren, das sich am Rhein abspielte, und verheben, was es für die Deutschen bedeutet.“

Seit Beginn der Besetzung sind im linksrheinischen Deutschland 20 Personen von den Franzosen getötet worden. Wie viele der Täter sind vor ein Gericht gekommen? In Frankreich und Italien schweben noch Hunderte reichsdeutscher und österreichischer Gefangener in Zuchthäusern wegen Fluchtversuchs, Mordraubs und dergleichen. Wie aber die Behandlung der Kriegsgefangenen war, das weiß jeder, der nur die gefangenen Franzosen und Engländer sah, wie hoch sie ihre Köpfe trugen und dagegen die ausgewechselten Deutschen in Konstant, die wie gepöbelte Hunde, gebrochen an Leib und Seele, die Grenze überschritten. Lassen wir unser Gewissen nicht beugen durch Leipzig! Das sind wir der Vergangenheit schuldig — und der Zukunft. Erich Drod.

Zurückführung der Besprechung der Regierungserklärung.

(Einiger Drahtbericht.)

Berlin, 3. Juni.

Die Sitzung beginnt kurz nach 1 Uhr. Haus und Tribünen sind bei Beginn der Sitzung nur schwach besetzt.

Das Haus erledigt zunächst einige Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Horn (U.C.) wegen Ausbedung von Waffenschiedungen in Stettin wird von einem Regierungsvertreter erwidert, das Ergebnis der Untersuchung siehe noch nicht fest.

Zur Besprechung der Regierungserklärung

Sind mehrere Anträge eingegangen. Die sozialdemokratische Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, den Reichsanwalt zu ersuchen, die Urteile der Sondergerichte unter dem Gesichtspunkte möglicher Begnadigung prüfen zu lassen und dem Reichspräsidenten bloße Mitläufer der Aufbruchbewegung in weitestem Umfang zur Begnadigung zu empfehlen. Weiter liegt ein deutschnationaler Antrag (Berat) vor, gegen die Regierung ein Mißtrauensvotum abzugeben.

Reichsjustizminister Schiffer

betont, die Ausnahmegerichte seien an und für sich etwas Unvernünftiges und mühten verschwinden, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben seien. Ein großer Teil der Ausnahmegerichte habe wieder aufgehoben werden können und ein weiterer Teil solle aufgehoben werden; nur sechs sollen bis auf weiteres bestehen bleiben, darunter in Berlin, Halle, Breslau und Raumburg. Der Minister polemisiert zum Schluß gegen die kommunistische Partei, die durch ihr Verhalten und durch ihre fortgesetzte Verhetzung und ihre bedingungslosen Drohungen sowohl die Annerkennung der Sondergerichte als auch die Aufhebung der Sondergerichte.

Abg. Dr. Stresemann (D. Vo.)

stimmt den Ausführungen des Ministers zu. Den Verführten müsse aber klar gemacht werden, daß die Strafe nicht immer von einer Amnestie abgelöst werde. Redner geht dann auf die Rede des Reichsanwalters ein. Die Beschränkung der Polizei im Interesse der schrankenlosen Ausdehnung des Verbrechens sei ein Eingriff in die innere Freiheit eines Staates. Auch das Verbot der Luftschiffahrt sei eine unerhörte Zumutung. Die Differenz, die noch in der Frage der Entlassung mit Bayern bestehe, werde sich lösen lassen in aller Reichstreue, die Bayern stets bekundet habe. Das Verbot der Dreiecksorganisationen sei ein Eingriff in die innere Freiheit. Für die Sanktionen seien mit der Unterzeichnung der Voraussetzungen gefallen; der Reichsanwalt und der Minister des Innern mögen sich daher in diesem Punkte energisch einsehen. Wenn Frankreich an den Sanktionen festhalte, so sei Deutschlands Haltung vorzuziehen. Dazu komme Briand's Haltung in der oberflächlichen Frage. Es müssen Ermäßigungen darüber angebracht werden, daß ein Land die ihm auferlegten Opfer nicht bringen kann, wenn man ihm ein so wichtiges Glied wie Oberösterreich nimmt. Redner polemisiert dann gegen die Exportabgabe. Diese Abgabe sei nur als eine Induzierkugel anzusehen und könne durch jede andere Abgabe ersetzt werden. Aber warum nehme das Kabinett die Gesamtproduktion als Ganzes? Die Exportindustrie befinde sich in einer unsicheren Lage, da sie sich aus den Erklärungen der Regierung kein Bild machen könne. Der Redner bedauert, daß nicht noch mehr solche Reden wie Rathenau dem Kabinett angehören. Aber die Schlagworte der Zuspätkung, Moralisierung seien wohl nicht angebracht; denn diese liegen sich doch nicht auf die zahlreichen mittleren Betriebe anwenden, die in Spezialarbeiten groß seien. Die Haltung der

Regierung lasse hier schwere Gefahren für diese Betriebe befürchten und davor warne er. Wir wollen alle helfen, das Wort der Regierung einzulösen. Wir wollen uns daher heute nicht mit gegenseitigen Vorwürfen überhäufen. Wir stehen in sachlicher Opposition zur Regierung, werden aber auch nur in sachlicher Form zu den einschlägigen Fragen Stellung nehmen. (Beifall.)

Abg. Dr. Petersen (Dem.)

Nachdem wir unterzeichnet haben, haben wir alle ohne Unterschied die Pflicht, unser Wort einzulösen. Um aus unserer schlechten Lage herauszukommen, ist es nötig, daß wir unsere Regierung auf eine möglichst breite Grundlage stellen und alle Parteien anerkennen unterlassen. Unsere Saluta kann sich nicht ohne eine Anleihe im Auslande fassen. Eine solche ist aber nur möglich, wenn unbegrenztes Vertrauen im Auslande zu unserer Regierung besteht. Die Rede des Herrn v. Braun ist eine schwere Enttäuschung gewesen. Seine antisemitische Agitation läßt ihn als gänzlich unangehörig für die Deutsche Reichskammer erscheinen. Der Redner setzt sich dann auch mit den Unabhängigen auseinander; solange sie nicht den Willen zur gemeinsamen Arbeit mit den übrigen Parteien hätten und nur für sich selbst Vorteile schaffen wollten, könne man nicht auf eine fruchtbringende Arbeit rechnen. Redner bedauert, daß die Deutsche Volkspartei nicht in der Regierung sei. Wenn sie auch die Regierung unterstützen würde, müßte sie auch ihre Kräfte dazu bringen. Solch ein Modus würde eine Regierungsbasis ergeben, die auf Jahre hinaus nicht zu erschüttern sein würde. Die achtzigste Rede des Abg. Bels sei höchst bedauerlich gewesen, da sie auf neue die Massenengstlichkeit verstärkt habe, statt zur Sammlung zu rufen. Wir müssen uns dem Parteigewinnismus heraus. Wir können die Zukunft nur aufbauen, wenn alle Parteigengstlichkeit zurückgestellt werden.

Reichsanwalt Dr. Wirth

mahnt, herauszukommen aus der Polemik in den Zeitungen und im Hause. Übungen der Reichswehr auf einem Truppenübungsplatz sollen auf Einrede der Entente abgebrochen worden sein; das trifft nicht zu. Die 26 Prozent sind zunächst noch eine Induzierkugel. Es wird sehr schwer sein, eine andere Fiffer an ihre Stelle zu setzen. Die technische Durchführung der Auszahlung wird einige Vorbereitungen voraus. Dann wird mit der Auszahlung begonnen werden. Ich bitte um die tatkräftige Hilfe des Reichsmitgliedertages.

Abg. Höllein (Komm.)

(Das Haus leert sich bis auf einige Abgeordnete): Wir würden es begrüßen, wenn die Regierung den Reichstag auseinanderjage und an die Massen appellierte. Die Rechtsopposition entspringt nur dem Kontinenzkämpfe um die Ministerstellen. Redner kritisiert die neuen Männer in der Regierung. An Rathenau gefiel ihm sein Grundsatz: Es muß sein, darum muß es getan werden. Freilich meint er dies im Interesse des Kapitalismus, aber an diesem Grundsatze würden die Arbeiter lernen. Den Unabhängigen sei es niemals mit dem Sozialleistungsprogramm ernst gewesen. Wir sind stolz darauf, die Arbeiterklasse gegen die höflichen Erdrosselungsversuche aufgeschaltet zu haben. Nicht wir tragen die Schuld, sondern jene, die die Arbeiterklasse zur Selbstverleugung gezwungen haben. Der Schluß der Ausführungen des Redners ging vor vollständig leerem Hause vorüber. Er enthielt vollste Angriffe auf die Regierung, die Mehrheitssozialdemokraten und die Unabhängigen, sowie auf den Abg. Dr. Ebeling, der zur Erdrosselung des Abg. Eberlein aufgefordert habe. Die dreißigtägige Rede gipfelte in der Drohung an den Großgrundbesitzer, alle nicht bebauten Äcker zu enteignen.

Nächste Sitzung morgen 12 Uhr: Kleinere Fragen und Weiterberatung.

Schluß 47 Uhr.

Die Kriegsschuldfrage.

Der Ausschuss des Reichstags, der die Frage der Schuld am Weltkrieg zum Gegenstand seiner Untersuchung gemacht hat, hat jetzt das zweite Heft herausgegeben, das die Angaben über die militärischen Kräfte, mit denen die Großmächte in den Krieg eintraten, ferner die angeordneten Mobilisierungen enthält. Das vorhandene Urkundenmaterial ist sorgfältig studiert worden, und zahlreiche in Betracht kommenden Fragen werden durch die Bestellungen des Ausschusses endgültig beantwortet. Die militärischen Feststellungen sind von dem Grafen Montgelas gemacht worden, und der zur unabhängigen Sozialdemokratie zählende Hauptmann Willi Meyer hat das gesamte Material nachgeprüft und seine Einwendungen gegen diese Feststellungen erheben können. Daran hat der Untersuchungsausschuss seinerseits folgende durch den Beschluß vom 2. Februar 1921 angenommene Feststellungen gemacht:

1. Der Ausschuss geht von der Auffassung aus, daß die politischen Veränderungen, die den Ausbruch des Weltkrieges herbeiführten oder zu verhindern geeignet waren, davon beeinflusst wurden, wie ihre Urheber die militärischen Kräfte der einzelnen Staaten beurteilten. Es besteht vielfach die Auffassung, die Mittelmächte hätten bei Kriegsausbruch eine erdrückende militärische Überlegenheit besessen. Der Ausschuss erachtet diese politische Erörterungen vorbereitende Aufgabe darin, die militärischen Kräfteverhältnisse der europäischen Staaten, zwischen denen der Krieg ausbrach, darzustellen. 2. Der Ausschuss hat auf Grund eingehender Prüfungen der militärischen Kräfteverhältnisse Europas im Jahre 1914, wobei er auch die operativen Möglichkeiten berücksichtigt, festgestellt, daß die verbündeten Mächte England und Frankreich die Mittelmächten mit militärischer Überlegenheit gegenüberstanden. Eine beiseitige Ueberlegenheit des deutschen Heeres gegenüber den Verbündeten der Mittelmächte ist durch die Sachverständigen des Ausschusses sowie nach den Berechnungen der Sachverständigen und den amtlichen Angaben der Entente.

3. Der Ausschuss hält die Fragen, wie der deutsche Generalstab die militärische Gesamtlage im Jahre 1914 beurteilte, und ob sich die politische Stellung über den militärischen Stand der Dinge genügend unterrichtete, sowie besonders, ob die Regierung sich über die politische Auswirkung des deutschen Operationsplanes hinreichend Rechenschaft gab, nicht für geklärt und beschließt, diese Fragen zum Gegenstand einer weiteren Prüfung zu machen. Der Ausschuss hat die von den Sachverständigen erstatteten Berichte neben den von ihnen beigebrachten Belegen aus den deutschen, österreichisch-ungarischen und russischen Akten, aus dem englischen Kommandobericht über den Weltkrieg und aus verschiedenen amtlichen französischen Angaben geprüft. Er hat zunächst festgestellt, daß weder in Deutschland noch in Österreich-Ungarn Anordnungen ergangen sind, denen der Geheimen Mobilisierungspläne im Jahre 1914 während eines längeren Zeitraums vor der offiziellen Mobilisierung im geheimen direkte Kriegsvorbereitungen getroffen hat, soll geklärt werden.

Die folgenden Tatsachen und Daten hält der Ausschuss für erwiesen:

1. Die am 2. Juli um 10 Uhr abends verhängte österreichisch-ungarische Teilmobilisierung gegen Serbien umfaßte acht Armeekorps zu insgesamt 2 Infanterie- und 2 Kavalleriedivisionen. Der Bezirk seines dieser acht Armeekorps grenzte an russisches Gebiet. Serbien hatte keine Mobilisierung am demselben Tage um 3 Uhr nachmittags ausgesprochen.

2. In der Zeit vom Abend des 25. Juli bis zum Mittag des 31. Juli ist nach den Akten des Berliner Kriegsministeriums keine weitere Mobilisierung angeordnet worden. Die eigenen Tagesberichte des russischen Generalstabes bestätigen, daß dort noch am Abend des 30. Juli von einer allgemeinen Mobilisierung Österreich-Ungarns nichts bekannt war.

3. Die amtlich zugegebene russische Teilmobilisierung vom 29. Juli erstreckte sich über ein Gebiet von 86 Millionen Einwohnern. Sie umfaßte 55 Infanterie- und 8 1/2 Kavalleriedivisionen, außerdem mehrere Kolonnenformationen und bei Matriken aus dem am weitesten nördlich gelegenen Gouvernementen auf.

4. Die Mobilisierung der englischen Flotte war außerordentlich erleichtert durch den Umstand, daß seit dem 16. Juli die drei Heimatflotten mit 460 Wimpeln zu einer Probemobilisierung mit Manövern im Nordsee veranlaßt waren und am 26. Juli die vorgesehene Demobilisierung einstellten.

II. Zeitliche Reihenfolge der Anordnungen des letzten Stadiums vor der allgemeinen Mobilisierung.

1. Rußland: Offizielles Inkrafttreten der Kriegsvorbereitungsperiode für das ganze europäische Rußland 20. Juli.

2. England: Warnungstelegramm für Meer und Flotte 20. Juli.

3. Frankreich: Befehl zur Aufstellung des Grenzschiebes 20. Juli.

4. Österreich-Ungarn: Alarmierung gegen Rußland 31. Juli.

5. Deutschland: Zustand drohender Kriegsgefahr 31. Juli.

III. Zeitliche Reihenfolge der allgemeinen Mobilisierungen der Großmächte.

1. Rußland: Wahrscheinlich insgeheim befohlen 20. Juli, im Laufe des Abends, offiziell angeordnet 30. Juli, 6 Uhr abends (alle Stunden nach der Mittelnacht).

2. Österreich-Ungarn: 31. Juli, 12.25 Uhr nachmittags.

3. Frankreich: 1. August, 1.40 Uhr nachmittags.

4. Deutschland: 1. August, 5 Uhr nachmittags.

5. England: Flotte, 2. August, 2.25 Uhr morgens, Landwehr (Expeditionskorps), 3. August, 12 Uhr mittags.

Deutsches Reich.

Polizeistunde in Preußen.

Der preussische Minister des Innern hat an die Regierungspräsidenten und an den Polizeipräsidenten von Berlin einen Erlass gerichtet, durch den die Polizeistunden auf 12 Uhr für die Sommermonate, also bis zum 15. Oktober 1921, festgesetzt wird.

Das Personenstandsengesetz.

Der Entwurf eines Gesetzes über den Erlass durch den Krieg verursachten Personenständen, zum Personenstandsengesetz genannt, ist dem Reichstag an dieser Tage vom Reichsminister des Innern vorgelegt worden.

Badische Politik.

Werbungsstellen bei der Einkommensteuer.

Amlich wird mitgeteilt: In der Presse, in Zeitschriften von Berufsverbänden usw. sind in letzter Zeit öfters Berufsaussagen erschienen, in denen darauf hingewiesen wird, daß allgemein oder für bestimmte Berufsgruppen zahlenmäßig festbestimmte Beträge als Werbungsstellen im Einkommensteuerwesen abgeboten werden könnten. Es ist dem Werbenden aber allerdings beizubehalten, mit der Einbringung der Werbungsstellen einen allgemein geltenden Paragrafen zu befolgen; für die 3. Rate finden die einschlägigen Bestimmungen der Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920 bis jedoch eine derartige Befreiung in Baden nicht aufzufinden. Der Werbungsstellen zum Wagnis geltend machen will, hat dies in seiner Steuererklärung anzuzeigen und auf Verlangen die erforderlichen Nachweise für die tatsächliche Höhe dieser Stellen beizubringen. Der Steueranspruch wird

Theater und Musik.

Landestheater.

Die Neuinszenierung des Trauerspiels Des Meeres und der Liebe Wellen von Grillparzer heute abend wird in folgender Neuinszenierung in Szene gehen: Uebe Kreuznach; Derz; Marie Frauendorf; Derz Mutter; Feltz Baumhof; Oberpfeifer; Robert Wörner; Kaufmann; Walbert von der Trent-Urtel; Derz Vater; Ludwig Unger; Leander; Max Schneider; Tempelhüter. Die „Janthe“ verließ bei Max Müller. Die Spielleitung hat Herr Kienker. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß in der am Sonntag, den 5. ds. Mts., stattfindenden Wiederholung von Dieck's „Carmen“ Frau Francema-Brügelmann zum erstenmal die Titelpartie singen wird. Ihr Partner in dieser Vorstellung wird Herr Josef Schöfel sein. Bräulein Stecher tritt erstmalig als Micaela auf. Die übrige Besetzung ist bekannt. Beginn der Aufführung 6 Uhr.

Der Intendant des württembergischen Landestheaters Albert Rehm, wurde an das Stadttheater Basel unter dem Vorbehalt berufen, daß die Durchführung des regulären Theaterbetriebs in der nächsten Spielzeit möglich ist. Direktor Rehm war jahrelang Leiter des Stadttheaters in Bern.

Erstes rheinisches Kammermusikfest zu Köln.

Als Einleitung des zweiten Abends spielte Professor Karl Wendling mit seinen Gebrüdern Max Regers ihm 1915 gewidmetes Klavierquintett A-Dur opus 146, wobei der Stuttgarter Klavierist Philipp Dreisbach seine schwerste Aufgabe wunderbar löste. Als zweite Nummer wurde Beethoven's Große Fuge B-Dur opus 133 in vierfacher Besetzung (Klavierquintett, Violine, Viola, Violoncello und Kontrabaß) vorgeführt unter der Leitung der sehr markanten Persönlichkeit Hermann Hans Wehlers vom hiesigen Opernhaus. Wehlers eigenwillige, etwas herbe Art der Interpretation brachte die

Schlussnummer dieses Programms: Mozarts A-Dur-Sinfonie (Köchel 201) in harter Wirkung, der mit Recht lebhaftest Beifall zufließt wurde. Der Mozartfeste vorausgehend pendete das Gewandhausquartett das ihm zugewiesene sehr eindrucksvolle Streichquartett Nr. 4, G-Moll opus 42 des am Kölner Konservatorium und der Universität wirkenden Professors Oswald Straßer.

Den dritten Abend eröffnete das Verberquartett mit einer Manuskriptausführung eines 1920 entdeckten B-Dur-Quartetts, das den Schweizer Desiré Thomassin zum Verfasser hat. Das Werk leidet ungedacht sehr wesentlicher Schönheiten im ganzen am Mangel von Sittlichkeit, doch verhält das fabelhaft hingebende Spiel der Münchener Künstler dem manchmal etwas wunderlich anmutenden Gemisch stark geklärter Melodik und unwirklicher Stimmlichkeiten zu einem äußerlich unbefriedigenden Erfolg. Hierauf dirigierte Generalmusikdirektor Professor Hermann Abendrotz, nämlich ein Kölner Mitglied, sehr feinstimmig Richard Straußens ansprechendes, aber noch etwas unoriginales Quintett, Serenade Es-Dur opus 7 für 16 Blasinstrumente. Den inneren und äußeren Höhepunkt dieses Abends stellte Franz Schreker's 1916 entdeckte Kammermusik für 24 Blasinstrumente in der Ausdehnung durch den Komponisten selbst dar. Auffällig waren gewisse ganz besonders durchgehende Dehnungen in dem sehr oft wechselnden Tempo, doch blieb das Publikum bis zum Schluß aufnahmewillig und konnte sich kaum erschöpfen in Sublimationen für Schreker.

Das die letzten Abende des Festes (der vierte und fünfte) im Kurwäinischen Salone Brühl, einem kostbaren Rokoko-Salon inmitten eines wunderschön markenhafte großen Parks, umfloss von abertausend eben sich öffnenden ersten Rosen, Azaleen und Holländer, stattfand, war eine so viel als geschmackvolle Festigung vor einem guten genio loci. Hierbei ist vorwiegend als einem Jahrhundert der junge Ludwig von Beethoven aus dem unfernen Bonn mit dem kurfürstlichen Hofkapelle gekommen und hat mitgeholfen, Musik des XVIII um aufzuführen,

die meist vergessen ist; feiner aber, des bestbeiden, damals unbekanntem sehr jugendlichen Musikus gebildet wir an dieser posthumen, unvollständigen Stätte in weicherer Erinnerung und Dankbarkeit. Eine amnütige Festsinnige Friederich des Großen (B-Dur opus 21) eröffnete von den Kölnern Emil Wehner und Amy Schäfer lauter vorgetragen den vierten Abend. In genialer Weise bot dann Professor A. Lengel nach dritte Cellofuge in G-Dur, woran sich Beethoven's Es-Moll-Streichquartett opus 131 schloß, vom Gewandhausquartett zu erschlitternder Wirkung gebracht. Franz Schubert's Oktett (G-Dur opus 168) gab dem Brühler Schloßquartett und den ersten Bläserpartien des Kölner Opernorchesters die Gelegenheit — aller taktischen Gewitterstürme zum Trotz — erwiesene Musikalität auf neue Schönheit zu bewahren.

Mit einer interessanten, und dem ersten Hörer sich als wertvoll bietenden Aufführung leitete das Brühler Quartett den Schlußabend ein: Hanns W. David's, eines Berliner's, B-Moll-Streichquartett (1920) erwies sich als ein Inapert, langwieriges, raffines Stück, dem mangelt des öfters begegnet wird. — Voll verhaltenen Blut zeigte sich der Münchener Hermann Zilcher in einem Klavierquintett opus 42, das freilich gleichermaßen von dem immer mehr begünstigten Verberquartett und Frau Ellen Saath-Verber-Schliker aus Darmen an einem famosen Maßstab ideal wiedergegeben wurde, so daß das Publikum in jubelnde Begeisterung ausbrach, als der letzte Satz, worin in wirkungsvoller, feinstimmiger Weise ein Bach'scher Choral verwendet ist, geendet war. In Mozarts B-Dur-Sinfonie (Köchel 319) unter Hermann Abendrotz's beherrschendem Stab klangen die hiesigen Abende stillst.

Zu bemerken ist dieses: dem Kammermusikfest vorausgegangen war ein Preisausgeschrieben, zu dem über 80 Werke eingereicht worden sind. Die angelegten Geldpreise, insgesamt 3500 Mark, wurden indessen keiner Arbeit zuerkannt, sondern der Unterkritikstaffe des Tonkünstlervereins Köln überwiesen. Mit einer lobenden Anerkennung bedachte das Preiskollegium:

Hanns W. David (für das oben erwähnte B-Moll-Streichquartett, das als einziges aus dem Wettbewerb zur Aufführung gelangte), ferner Dr. Siegfried Karg-Elert in Leipzig für eine Klavierfuge B-Dur opus 121, Dr. Heinrich Lemacher, Köln, für ein Streichquartett G-Moll und den Salzburger Petrek für eine Sertettkomposition, gefeiert für Streichquartett, Klarinette und Klarinet.

Emil Raff.

Kunst und Wissenschaft.

Veranstaltung von Ferienkursen. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranstaltet in der Zeit vom 2. bis 9. August in Heidelberg unter Leitung des Prof. Dr. F. Panzer von der Universität Heidelberg einen Lehrgang über Dichtung, Kunst und Altertum am Neckar und Mittelrhein in Forträgen und Führungen in und um Heidelberg.

Hydrobiologische Kurse an der Anhalt Bodensee. Die Anhalt Bodensee Bodensee in Sta a bei Konstantz veranstaltet in der Zeit vom 1. bis 17. August d. J. einen allgemeinen hydrobiologischen Kurs. Dieser besteht aus Vorlesungen und Übungen in den Anstaltslaboratorien und aus Exkursionen an Lande und auf dem See.

Der indische Dichter Rabindranath Tagore hielt in der Aula der Berliner Universität einen Vortrag über die Geheimnisse der Bilder. Der Vortrag war so stark, daß Sicherheit die Gänge des Saales räumen mußte. Nach kurzen Begrüßungsworten gab der Dichter in englischer Sprache einen Vergleich der indischen mit der abendländischen Kultur. Während der Duelle der ersten die Stelle der Wälder sei, sei das Meer, womit die Räume des Nordens täglich zu kämpfen hätten, das Lebens-element der Poesie des Westens.

Personalien. Der ordentl. Prof. der Klassischen Archäologie Dr. Ernst Buscher hat einen Ruf der Zentraldirektion der deutschen archäologischen Institute als Leiter des Instituts in Athen erhalten.



